

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/048(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 12.05.2022	Ratssaal	14:00Uhr	18:12Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der 047.(VII) Sitzung des Stadtrates am 21.04.2022 - öffentlicher Teil
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 5.1 Aufhebungssatzung der Nutzungsentgeltsatzung für den Rettungsdienstbereich der Landeshauptstadt Magdeburg (Träger/Leistungserbringer Berufsfeuerwehr und Leitstelle)
BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung

DS0073/22

5.2	Zusammenlegung der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Calenberge und der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Randau zur Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Randau/Calenberge BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	DS0092/22
5.3	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Flughafen Magdeburg GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0053/22
5.4	Variantenentscheidung zum provisorischen/atypischen barrierefreien Ausbau der Haltestellen Kroatenweg BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung	DS0045/22
5.5	Variantenentscheidung zum provisorischen/atypischen Ausbau der Haltestelle Halberstädter Straße/ Leipziger Straße BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung	DS0047/22
5.5.1	Variantenentscheidung zum provisorischen/atypischen Ausbau der Haltestelle Halberstädter Straße/ Leipziger Straße Ausschuss StBV	DS0047/22/1
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
6.1	Einrichtung der Rotehornbahn Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 21.04.2022	A0098/21
6.1.1	Einrichtung der Rotehornbahn Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 21.04.2022	A0098/21/1
6.1.2	Einrichtung der Rotehornbahn Kulturausschuss WV v. 21.04.2022	A0098/21/2
6.1.3	Einrichtung der Rotehornbahn Fraktion AfD	A0098/21/3
6.1.4	Einrichtung der Rotehornbahn Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0098/21/4
6.1.5	Einrichtung der Rotehornbahn Fraktion DIE LINKE	A0098/21/5
6.1.6	Einrichtung der Rotehornbahn	S0244/21
6.2	Hundenauslaufwiese Askanischer Platz Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 07.10.2021	A0205/21
6.2.1	Hundenauslaufwiese Askanischer Platz	S0007/22

6.3	Europäische Mobilitätswoche Fraktion GRÜNE/future! WV v. 27.01.2022	A0006/22
6.3.1	Europäische Mobilitätswoche Fraktion DIE LINKE WV v. 27.01.2022	A0006/22/1
6.3.1.1	Europäische Mobilitätswoche Ausschuss StBV	A0006/22/1/1
6.3.2	Europäische Mobilitätswoche	S0055/22
6.4	Zahlungsmöglichkeiten in den Bürgerbüros verbessern Fraktion GRÜNE/future! WV v. 24.02.2022	A0024/22
6.4.1	Zahlungsmöglichkeiten in den Bürgerbüros verbessern Ausschuss KRB	A0024/22/1
6.4.1.1	Zahlungsmöglichkeiten in den Bürgerbüros verbessern Fraktion DIE LINKE	A0024/22/1/1
6.4.2	Zahlungsmöglichkeiten in den Bürgerbüros verbessern SPD-Stadtratsfraktion	A0024/22/2
6.4.3	Zahlungsmöglichkeiten in den Bürgerbüros verbessern	S0070/22
6.5	Kitasozialarbeit sichern! Fraktion DIE LINKE WV v. 24.02.2022	A0035/22
6.5.1	Kitasozialarbeit sichern! Fraktion DIE LINKE	A0035/22/1
6.5.2	Kitasozialarbeit sichern!	S0083/22
	Neuanträge	
6.6	Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die zukünftige Preisgestaltung der MVB Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0086/22
6.7	Entflechtung Rad-/Fußweg an der Elbuferpromenade zwischen Petrieförder und Strombrücke Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0087/22

6.8	Miteinander statt Gegeneinander CDU-Ratsfraktion	A0090/22
6.9	Prüfung aller tot aufgefundenen Tiere auf Kennzeichnung zur Information der Halterinnen und Halter im Tierheim der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0085/22
6.10	Wasserverlust am Barleber See I entgegenwirken Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0088/22
6.10.1	Wasserverlust am Barleber See I Entgegenwirken Fraktion GRÜNE/future!	A0088/22/1
6.11	Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Beyendorf-Sohlen Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen	A0092/22
6.12	Fahrradsituation auf dem Nordabschnitt Breiter Weg Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0091/22
6.12.1	Fahrradsituation auf dem Nordabschnitt Breiter Weg Fraktion GRÜNE/future!	A0091/22/1
6.13	Raum-/Nutzungskonzept für das Logenhaus Fraktion DIE LINKE	A0093/22
6.14	Bezahlbare Mieten sichern – Mietsteigerungen eindämmen! Fraktion DIE LINKE	A0094/22
6.15	Trinkwasserspender oder Trinkbrunnen in Schulen und Kitas Fraktion AfD	A0097/22
6.16	Unfallschwerpunkt Uniplatz Fraktion Grüne/future!	A0089/22
6.17	Vermeidung von Lebensmittelverschwendung Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0095/22
6.18	Luftverschmutzung Albert-Vater-Straße Fraktion Grüne/future!	A0096/22
6.18.1	Luftverschmutzung Albert-Vater-Straße Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0096/22/1
6.19	Selbstdarstellung des Rates und der Fraktionen im Alten Rathaus Fraktion AfD	A0098/22
6.20	Optimierung der Übertragung der Stadtratssitzungen Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0099/22

- 7 Einwohnerfragestunde
Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
- 8 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung
- 8.1 Hegelgymnasium F0141/22
SR Meister
- 8.2 Illegale Plakate F0137/22
SR Schwenke und SR Boxhorn
- 8.3 Melderegisterauskunft gegenüber Parteien und Wählergruppen im F0130/22
Zusammenhang mit der vergangenen Oberbürgermeisterwahl sowie
der Landtagswahl/Bundestagswahl 2021
SR`n Brandt
- 8.4 Aus für eine Biovergäranlage in Magdeburg? F0138/22
SR`n Jäger und SR Hempel
- 8.5 Beteiligung der Stadträte an der Intel-Ansiedlung F0149/22
SR Pasemann
- 8.6 Bewerbungsaufwurf der NASA - Modellregion 365-Tage-Ticket F0120/22
SR`n Meyer-Pinger
- 8.7 Entlastungs- und Erschließungsstraße Ostelbien F0126/22
SR Stage
- 8.8 Spielplatz Pechauer Platz F0133/22
SR Rupsch
- 8.9 Beleuchtung und mehr Sicherheit im Umfeld des Altenpflegeheims F0124/22
Lerchenwuhne
SR Dr. Wiebe
SR Abel
- 8.10 Veränderte Verkehrssituation durch Baustellen auf Fuß- und F0131/22
Radwegen verstehen
SR Baum
- 8.11 Treppenstufen Adolf Mittag See F0132/22
SR`n Schulz
- 8.12 Aktueller Stand Radschnellverbindung F0145/22
SR`n Linke
- 8.13 Aufwertung Fläche / Straße "Am Teich" in Alt-Olvenstedt F0125/22
SR Dr. Wiebe
SR Abel

8.14	Baustelle in der Julius-Bremer Straße SR Papenbreer	F0121/22
8.15	Integrationskurse in Magdeburg SR Kirchner	F0117/22
8.16	Oberbürgermeisterwahl 2022 – Wahlamt SR Hoffmann	F0119/22
8.17	Nachfrage: Wie soll das Problem gelöst werden? SR Zander	F0129/22
8.18	Magdeburger Halbkugeln SR`n Schumann	F0122/22
8.19	Jodtabletten SR Boxhorn	F0136/22
8.20	Handreichung zum Datenschutz SR`n Schumann	F0123/22
8.21	Probleme in Südost SR Jannack	F0135/22
8.22	Informationen zur Intel-Ansiedlung SR Schwenke	F0143/22
8.23	Historische Klassenräume im Gebäude des Hegelgymnasiums SR Müller	F0142/22
8.24	Darstellung Wahlbeteiligung SR Meister	F0144/22
8.25	Fehlende Klassenräume im Hegelgymnasium SR Jannack	F0146/22
8.26	Mehr Aufenthaltsqualität am Südring lässt auf sich warten – warum nur, warum? SR Müller	F0148/22
9	Informationsvorlagen	
9.1	Mitgliedschaft im Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt (LPR)	I0069/22
9.2	Berichterstattung zur Kooperation mit dem PEN-Zentrum Deutschland e.V. 2021	I0078/22
9.3	Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA	I0068/22

9.4	Neugestaltung des Platzensembles Alter Markt in Magdeburg	I0051/22
9.5	Kennzeichnungen/Hinweisschilder in der Maybachstraße	I0066/22
9.6	Kunstmuseum Magdeburg / Klosterkirche	I0076/22

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott eröffnet die 048.(VII) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträt*innen, den Oberbürgermeister, die Gäste, Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Medienvertreter*innen. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	44	“	“
maximal anwesend	53	“	“
entschuldigt	4	“	“
unentschuldigt	-		

2. Bestätigung der Tagesordnung

Hinweis:

Der Antrag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnung um die Drucksache DS0258/22 zu erweitern, findet nicht die notwendige 2/3 Mehrheit und wird vom Stadtrat **abgelehnt**.

Die Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung der Niederschrift der 047.(VII) Sitzung des Stadtrates am 21.04.2022 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift der 047.(VII) Sitzung des Stadtrates am 21.04.2022 – öffentlicher Teil – wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die vorliegende Information wird zur Kenntnis genommen.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

- 5.1. Aufhebungssatzung der Nutzungsentgeltsatzung für den Rettungsdienstbereich der Landeshauptstadt Magdeburg (Träger/Leistungserbringer Berufsfeuerwehr und Leitstelle) DS0073/22
BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung
-

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 4059-048(VII)22

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Aufhebung der Nutzungsentgeltsatzung für den Rettungsdienstbereich der Landeshauptstadt Magdeburg als Träger- und Leistungserbringer Berufsfeuerwehr und Leitstelle vom 21.04.2021, veröffentlicht im Amtsblatt der Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 16 vom 28.04.2021, Seite 261, gemäß beiliegender Anlage.

- 5.2. Zusammenlegung der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Calenberge und der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Randau zur Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Randau/Calenberge DS0092/22
BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung
-

Der Ortschaftsrat Randau-Calenberge und der Ausschuss KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 4060-048(VII)22

Der Stadtrat beschließt die Zusammenlegung der Freiwilligen Feuerwehren Magdeburg-Calenberge und Magdeburg-Randau zur Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Randau/Calenberge und beauftragt das Amt für Brand- und Katastrophenschutz beim Ministerium für Inneres und Sport die Zustimmung zur Zusammenlegung der beiden Freiwilligen Feuerwehren zu beantragen.

- 5.3. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Flughafen Magdeburg GmbH DS0053/22
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Kroll macht erläuternde Ausführungen zur vorliegenden Drucksache DS0053/22 und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann begründet die Stimmenthaltung durch seine Fraktion.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, spricht seine Verwunderung darüber aus, dass der Aufsichtsrat oder die Gesellschafter in diese Thematik nicht einbezogen wurden und bittet darum, dies zukünftig zu berücksichtigen. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion ebenfalls die Stimmenthaltung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4061-048(VII)22

1. Der Gesellschaftsvertrag der Flughafen Magdeburg GmbH wird gemäß Anlage 1 dieser Drucksache geändert.
2. Die Gesellschaftervertreter*innen in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Magdeburg GmbH werden angewiesen, alle erforderlichen Beschlüsse zu fassen und Erklärungen abzugeben, die zur Umsetzung der Änderung des Gesellschaftsvertrages gemäß Anlage 1 dieser Drucksache notwendig sind.

- 5.4. Variantenentscheidung zum provisorischen/atypischen barrierefreien Ausbau der Haltestellen Kroatenweg DS0045/22
 BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung
-

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 4062-048(VII)22

1. Der Stadtrat beschließt die weitere Planung und die Umsetzung der vier provisorischen/atypischen Haltestellen inkl. der Nebenanlagen im Bereich der Wendeschleife Kroatenweg (Sudenburg) mit einem Gesamtumfang in Höhe von ca. 1.120.000,00 Euro (brutto) (Planungs- und Baukosten, Planungskosten 2022 bereits 25.000,00 Euro und 2023 25.000,00 Euro eingestellt).
2. Mit der Haushaltsplanung 2023 ff werden für die Haushaltsjahre 2023 weitere 40.000,00 Euro Planungsmittel und für das Haushaltsjahr 2024 1.030.000,00 Euro Baumittel eingestellt.
3. Weiterhin wird eine Verpflichtungsermächtigung in 2023 für 2024 in Höhe von 1.030.000,00 Euro eingestellt.

- 5.5. Variantenentscheidung zum provisorischen/atypischen Ausbau der Haltestelle Halberstädter Straße/ Leipziger Straße DS0047/22
 BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0047/22/1.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stage informiert, dass der vorliegende Änderungsantrag DS0047/22/1 im Ausschuss FG Fragen aufgeworfen habe. Er macht erläuternde Ausführungen zum Änderungsantrag und geht dabei insbesondere auf die Frage des Provisoriums und des barrierefreien Umsteigens ein.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Hempel vertritt den Standpunkt, dass man es gleich richtig machen soll und für seine Fraktion die Verkehrssicherheit in den Mittelpunkt zu rücken sei. Er unterstützt im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag DS0047/22/1.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, verweist in seinen Ausführungen auf den Grundsatzbeschluss zur barrierefreien Haltestelle und signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung, Herr Rehbaum erklärt, dass der Hinweis des Ausschusses StBV von der Verwaltung positiv aufgenommen wurde und dieser geprüft werde. Er sichert zu, über das Ergebnis der Prüfung den Ausschuss StBV zu informieren.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke hält fest, dass ihre Fraktion durch den Umbau der Lichtsignalanlagen eine große Chance für den ÖPNV sehe und signalisiert im Weiteren die Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag DS0047/22/1 des Ausschusses StBV.

Stadtrat Mertens, Fraktion AfD, begründet mit Hinweis auf die Kosten die Stimmenenthaltung durch seine Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls aufgrund der Kosten gegen den Bau eines Provisoriums aus.

Der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung, Herr Rehbaum stellt klar, dass nur die Haltestelle ausgebaut wird und nicht der Schienenstrang und begründet das Vorgehen der Verwaltung.

Stadtrat Stage stellt unter Bezugnahme auf die Formulierung „provisorisch“ klar, dass es sich nicht um ein Provisorium handelt, sondern die Haltestelle zunächst verkürzt barrierefrei ausgebaut wird.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0047/22/1 des Ausschusses StBV mit 35 Ja-, 3 Neinstimmen und 11 Enthaltungen:

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Punkt 4 ergänzt:

4. Gleichzeitig ist kurzfristig eine Variantenuntersuchung inkl. Kostenschätzung für die Umsetzung der zwei provisorischen/atypischen Haltestellen in unmittelbarer Nähe in der Halberstädter Straße und in den gleichen Haushaltsjahren als Drucksache vorzulegen.

Der Stadtrat **beschließt** mit 37 Ja-, 0 Neinstimmen und 14 Enthaltungenunter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages DS0047/22/1

Beschluss-Nr. 4063-048(VII)22

1. Der Stadtrat beschließt die weitere Planung und die Umsetzung von zwei provisorischen/atypischen Haltestellen in der Leipziger Straße mit einem Gesamtumfang in Höhe von ca. 562.200,00 EUR (brutto)
2. Mit der Haushaltsplanung 2023 ff werden für das Haushaltsjahr 2024 voraussichtliche Baukosten in Höhe von 462.200,00 EUR eingestellt.
3. Weiterhin wird eine Verpflichtungsermächtigung in 2023 für 2024 in Höhe von 462.200,00 EUR eingestellt.
4. Gleichzeitig ist kurzfristig eine Variantenuntersuchung inkl. Kostenschätzung für die Umsetzung der zwei provisorischen/atypischen Haltestellen in unmittelbarer Nähe in der Halberstädter Straße und in den gleichen Haushaltsjahren als Drucksache vorzulegen.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

6.1.	Einrichtung der Rotehornbahn Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 21.04.2022	A0098/21
------	---	----------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen vor:

- Änderungsanträge A0098/21/1 und A0098/21/4 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz
- Änderungsantrag A0098/21/2 des Kulturausschusses
- Änderungsantrag A0098/21/3 der Fraktion AfD
- Änderungsantrag A0098/21/5 der Fraktion DIE LINKE

Die Ausschüsse StBV, FG, KRB und UwE empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander bringt den GO-Antrag – Zurückverweis des Antrages A0098/21 in die Ausschüsse ein.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, macht erläuternde Ausführungen zur Intention des vorliegenden Änderungsantrages A0098/21/5.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander zieht den GO-Antrag **zurück**. Er bringt den Änderungsantrag A0098/21/4 ein.

Der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung, Herr Rehbaum nimmt zum Antrag A0098/21 Stellung und macht deutlich dass ein privater Investor ohne einen Zuschuss durch die Stadt die Bahn nicht betreiben kann. Er gibt auch zu bedenken, dass es Ziel sei, den Verkehr aus dem Stadtpark zu leiten.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler plädiert dafür, im Änderungsantrag A0098/21/5 anstelle des Wortes „ergänzt“ das Wort „ersetzt“ zu verwenden.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann bringt den Änderungsantrag A0098/21/3 ein. Mit Hinblick auf die Haushaltslage der Stadt argumentiert er im Weiteren gegen die vorliegenden Änderungsanträge.

Der Vorsitzende des Ausschusses K Stadtrat Müller bringt den Änderungsantrag A0098/21/2 ein. In seiner Eigenschaft als Mitglied der Fraktion DIE LINKE merkt er an, dass seiner Fraktion ein Generalkonzept für den Stadtpark fehle. Stadtrat Müller vertritt die Auffassung, dass sich die MVGM mehr in dieser Angelegenheit engagieren sollte. Des Weiteren regt er an, hierbei auch den Umweltaspekt zu beachten.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke nimmt zur Frage der Mobilität im Stadtpark Stellung und merkt dabei u.a. an, dass der Nahverkehrsplan angepasst werden müsste. In diesem Zusammenhang gibt sie den Hinweis, dass ihre Fraktion auch auf die Vorlage des Verkehrskonzeptes für den Rotehornpark wartet. Abschließend regt Frau Linke ebenfalls an, im Änderungsantrag A0098/21/5 der Fraktion DIE LINKE das Wort „ergänzt“ durch das Wort „ersetzt“ zu ändern.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, hält es für schwierig, diesen Antrag umsetzen und geht auf die Frage des Bedarfs ein. Er spricht sich dafür aus, Fahrradrikschas einzusetzen. Er erklärt, dass er grundsätzlich noch Beratungsbedarf in den Ausschüssen sieht, da noch viele Fragen offen seien.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, unterstützt im Namen seiner Fraktion die vorliegenden Änderungsanträge und regt an, eine Ausschreibung vorzunehmen.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, verweist auf die Belebtheit im Stadtpark und bezweifelt, dass dort unproblematisch eine Bahn fahren könne. Er empfiehlt der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz den Antrag A0098/21 zurückzuziehen und in qualifizierter Form erneut einzubringen. Abschließend signalisiert Stadtrat Schuster im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum vorliegenden Antrag A0098/21.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, stellt den Antrag, im Änderungsantrag A0098/21/5 das Wort „ergänzt“ durch das Wort „ersetzt“ zu ändern. Zu allen anderen vorliegende Änderungsanträgen signalisiert er die Ablehnung durch seine Fraktion. Die Sinnhaftigkeit einer solchen Bahn im Stadtpark sieht er als fraglich an.

Stadtrat Papenbreer, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, bezeichnet das Konzept als nicht ganz ausgereift und sieht noch viele offene Fragen bezüglich der Betreuung. Er bittet die einbringende Fraktion den Antrag A0098/21 für heute zurückzuziehen und dem Ausschuss WTR zur Beratung vorzulegen.

Im Rahmen der weiteren Beratung geht Stadtrat Müller auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen, wie z.B. zur Frage der Kosten für die Betreuung der Bahn ein. Er beantragt eine Auszeit von 3 Minuten.

Im Anschluss an die Auszeit gibt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Fraktion Stadtrat Hempel eine redaktionelle Änderung im Änderungsantrag A0098/21/5 bekannt. (Das Wort „ergänzt“ wird durch das Wort „ersetzt“ geändert.)

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott macht erläuternde Ausführungen zum Abstimmungsprozedere.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 8 Ja-, 36 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0098/21/3 der Fraktion AfD -

Der Antrag wird ersetzt durch folgenden Beschlusstext:

Der Stadtrat befürwortet den privatwirtschaftlichen Betrieb einer Rotehornbahn ohne finanzielle Beteiligung der Stadt. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß modifizierten Änderungsantrag A0098/21/5 der Fraktion DIE LINKE, der alle vorliegenden Änderungsanträge ersetzt, **beschließt** der Stadtrat mit 29 Ja-, 15 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4064-048(VII)22

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit Blick auf die notwendige Verbesserung der Nahmobilität im Stadt- und Kulturpark Rotehorn und in Auswertung der Ergebnisse des Feldversuches zum autonomen Minibus-Fahren mit dem "Elbi" über die Sternbrücke in den Stadtpark in jüngster Zeit in Gesprächen mit den Koordinator*innen des Forschungsprojekts und der Universität mglw. im Rahmen der bestehenden Kooperationsvereinbarung darauf hinzuwirken, die Fortführung des Feldversuches analog des angedachten Rundkurses durchzuführen.

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0098/21/5 hat sich eine Beschlussfassung zu den noch vorliegenden Änderungsanträgen **erübrigt**.

6.2.	Hundenauslaufwiese Askanischer Platz	A0205/21
	Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 07.10.2021	

Die Ausschüsse KRB und GeSo empfehlen die Beschlussfassung.

Der BA SFM und der Ausschuss FG empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander macht erläuternde Ausführungen zum vorliegenden Antrag A0205/21 und bittet um Zustimmung.

Stadträtin Jäger, Fraktion DIE LINKE, verweist auf das differenzierte Abstimmungsverhalten innerhalb ihrer Fraktion. Sie bittet im Weiteren die Verwaltung darauf zu achten, dass die Hundenauslaufwiesen auch genutzt werden können.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler vertritt den Standpunkt, dass es seines Erachtens wichtiger wäre, Spielplätze abzutrennen. Er hält es nicht für sinnvoll, in diesem Bereich eine Abtrennung vorzunehmen.

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei Stadträtin Schumann spricht sich im Namen ihrer Fraktion für die Annahme des Antrages A0205/21 aus.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann signalisiert für seine Fraktion ebenfalls die Zustimmung zum Antrag und bittet die Verwaltung, für die Abtrennung einen Doppelstabzaun zu verwenden.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke verweist ebenfalls auf das differenzierte Abstimmungsverhalten durch Mitglieder ihrer Fraktion.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß vorliegendem Antrag A0205/21 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz mit 22 Ja-, 21 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4065-048(VII)22

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Hundenauslaufwiese am Askanischen Platz mit geeigneten Mitteln für den Zweck als Hundenauslaufwiese sicher nutzbar auszustatten.

Hinweis:

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott bittet darum, die Bitte des Vorsitzenden der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann zu berücksichtigen und für die Abtrennung einen Doppelstabmattenzaun zu verwenden.

6.3.	Europäische Mobilitätswoche	A0006/22
	Fraktion GRÜNE/future! WV v. 27.01.2022	

Die Ausschüsse UwE und WTR empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0006/22/1/1.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke macht erläuternde Ausführungen zur Intention des vorliegenden Antrages A0006/22. Sie geht im Weiteren auf die vorliegenden Änderungsanträge A0006/22/1 der Fraktion DIE LINKE und der A0006/22/1/1 des Ausschusses StBV, insbesondere zur Frage der Öffentlichkeitsarbeit, ein.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Hempel bringt den Änderungsantrag A0006/22/1 ein und erklärt, dass seine Fraktion den Änderungsantrag A0006/22/1/1 des Ausschusses StBV übernehmen wolle.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stage merkt an, dass sich der Änderungsantrag A0006/22/1/1 damit erledigt habe.

Stadtrat Zenker, Mitglied im Ausschuss UwE, macht klarstellende Ausführungen zum Votum des Ausschusses.

Stadtrat Mertens, Fraktion AfD, argumentiert mit dem Hinweis darauf, dass damit nur der Autoverkehr verdrängt werden solle, im Namen seiner Fraktion gegen die Annahme des Antrages A0006/22.

Stadtrat Stern, CDU-Ratsfraktion, merkt an, dass seine Fraktion das bürgerliche Engagement als hohes Gut betrachtet und sie eine Veränderung ablehnt. Er begrüßt die vorliegende Stellungnahme S0055/22 der Verwaltung.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, sieht in den Ausführungen des Stadtrates Stern, CDU-Ratsfraktion, einen Widerspruch, da es um die Unterstützung des bürgerlichen Engagements gehe.

Der Beigeordnete für Umwelt und Stadtentwicklung, Herr Rehbaum macht deutlich, dass ein Ehrenamt grundsätzlich eine Begleitung durch das Hauptamt brauche und signalisiert, dass sich die Verwaltung stärker einbringen werde.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen die Annahme des Antrages aus und verweist in diesem Zusammenhang auf eine Aussage von der Verwaltung im Ausschuss WTR, dass dieser Antrag nicht gebraucht werde.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum vorliegenden Antrag A0006/22.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0006/22/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat mit 26 Ja-, 23 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Beschlusstext wird wie folgt formuliert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Magdeburger Europäische Mobilitätswoche zu koordinieren und mindestens eine Veranstaltung jeder Kategorie (Woche der Aktivitäten, Permanente Maßnahmen und Autofreier Tag) durchzuführen.

Konkret werden u.a. folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Aktionstag: Sicherer Schulweg zu Fuß und mit dem Rad (Kinder in Begleitung der Eltern).
- ÖPNV-Aktionstag: In Rücksprache mit der MVB könnte die Möglichkeit geprüft werden, für einen Tag kostenfreien ÖPNV, z. B. an einem verkaufsoffenen Sonntag/Stadtfest, anzubieten.

~~Die Öffentlichkeitsarbeit soll über eine professionelle Stelle erstellt werden. Für die Umsetzung der städtischen Veranstaltungen sollten (in der Zukunft zusätzliche) Mittel aus dem Klimaschutzmanagement eingesetzt und für die nächsten Jahre in einem eigenen Haushaltstitel über 3.000 € vorgesehen werden.~~

Gemäß modifizierten Antrag A0006/22 der Fraktion GRÜNE/future! **beschließt** der Stadtrat mit 28 Ja-, 22 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4066-048(VII)22

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Magdeburger Europäische Mobilitätswoche zu koordinieren und mindestens eine Veranstaltung jeder Kategorie (Woche der Aktivitäten, Permanente Maßnahmen und Autofreier Tag) durchzuführen.

Konkret werden u.a. folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Aktionstag: Sicherer Schulweg zu Fuß und mit dem Rad (Kinder in Begleitung der Eltern).
- ÖPNV-Aktionstag: In Rücksprache mit der MVB könnte die Möglichkeit geprüft werden, für einen Tag kostenfreien ÖPNV, z. B. an einem verkaufsoffenen Sonntag/Stadtfest, anzubieten.

Die Öffentlichkeitsarbeit soll über eine professionelle Stelle erstellt werden.

6.4. Zahlungsmöglichkeiten in den Bürgerbüros verbessern

A0024/22

Fraktion GRÜNE/future!
WV v. 24.02.2022

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag A0024/22/1 des Ausschusses KRB
- Änderungsantrag A0024/22/1/1 der Fraktion DIE LINKE
- Änderungsantrag A0024/22/2 der SPD-Stadtratsfraktion

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0024/22/1.

Stadtrat Bublitz, Fraktion GRÜNE/future!, macht erläuternde Ausführungen zur Intention des vorliegenden Antrages A0024/22 und wirft die Frage nach den Kosten für ein Update auf.

Der Fachbereichsleiter 32 Herr Ehlenberger, in Vertretung des Beigeordneten für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herrn Platz teilt bezüglich der Frage der Kostenfrage mit, dass diese überschaubar seien.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE gibt eine redaktionelle Änderung zum Änderungsantrag A0024/22/1/1 der Fraktion DIE LINKE bekannt. (die Streichung „u.a. die Zahlung via Kreditkarte“ wird zurückgenommen.)

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Änderungsantrag A0024/22/1/1 und zieht den vorliegenden Änderungsantrag A0024/22/2 **zurück**.

Stadtrat Mertens, Fraktion AfD, begründet die Ablehnung zum vorliegenden Antrag A0024/22 seiner Fraktion mit Hinweis auf die dadurch entstehenden Kosten.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt den Hinweis, dass man inzwischen überall kontaktlos bezahlen kann.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, vertritt die Auffassung, dass die Stadt Magdeburg mehr Digitalisierung brauche und eine Vorbildrolle übernehmen sollte. In diesem Zusammenhang fragt er nach, wie weit die Entwicklung der Smartterminals sei.

Der Fachbereichsleiter 32 Herr Ehlenberger teilt bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Rupsch, CDU-Ratsfraktion, mit, dass die Fachaufsicht derzeit noch keine Entscheidung getroffen hat.

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei Stadträtin Schumann spricht sich für die Annahme des modifizierten Änderungsantrages A0024/1/1 der Fraktion DIE LINKE aus.

Gemäß modifizierten Änderungsantrag A0024/22/1/1 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mit 43 Ja-, 6 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Zahlungsmöglichkeiten in den Bürgerbüros zu verbessern und an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen, um u.a. die Zahlung via Kreditkarte alternative sowie kontaktlose Zahlungsverfahren zu ermöglichen. Die Umsetzung erfolgt mit der neuen Vertragsanpassung im Jahr 2023.

Gemäß vorliegenden Änderungsantrag A0024/22/1 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des beschlossenen modifizierten Änderungsantrag A0024/22/1/1 Mit 43 Ja-, 6 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Zahlungsmöglichkeiten in den Bürgerbüros zu verbessern und an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen, um u.a. die Zahlung via Kreditkarte alternative sowie kontaktlose Zahlungsverfahren zu ermöglichen. Die Umsetzung erfolgt mit der neuen Vertragsanpassung im Jahr 2023.
mit 43 Ja-, 6 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Gemäß vorliegendem Antrag A0024/22 der Fraktion GRÜNE/future! **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge mit 43 Ja-, 5 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 4067-048(VII)22

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Zahlungsmöglichkeiten in den Bürgerbüros zu verbessern und an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen, um u.a. die Zahlung via Kreditkarte alternative sowie kontaktlose Zahlungsverfahren zu ermöglichen. Die Umsetzung erfolgt mit der neuen Vertragsanpassung im Jahr 2023.

Die Bürgermeisterin Frau Borris erscheint nach einen absolvierten Termin zur Stadtratssitzung.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott, die Vertreter der anderen Fraktionen und der Oberbürgermeister gratulieren der Bürgermeisterin Frau Borris zu ihrer gewonnenen Wahl als Oberbürgermeisterin der Stadt Magdeburg.

Die Bürgermeisterin Frau Borris dankt allen, die ihr während des Wahlkampfes zur Seite gestanden haben und trägt die Hoffnung, dass die Zusammenarbeit auch weiterhin gut mit dem Stadtrat für die Menschen in der Stadt verlaufen werde.

6.5. Kitasozialarbeit sichern!

A0035/22

Fraktion DIE LINKE
WV v. 24.02.2022

Die Ausschüsse Juhi, FuG und GeSo empfehlen die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Lösch bringt den Antrag A0035/22 und den Änderungsantrag A0035/22/1 ein und macht erläuternde Ausführungen zu deren Zielstellung.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Jannack verweist auf das Votum des Ausschusses und spricht sich für eine Fortführung des Projektes aus.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke merkt an, dass Kindersozialarbeit eine Erfolgsgeschichte ist und Wege gefunden werden sollten, wie man diese weiter fortführen kann. Er bezeichnet im Weiteren den vorliegenden Änderungsantrag A0035/22/1 als taktisch unklug.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann begründet die Ablehnung seiner Fraktion sowohl zum Antrag A0035/22 als auch zum Änderungsantrag A0035/22/1.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Hempel macht erläuternde Ausführungen zur Zielstellung des Änderungsantrages.

Die Bürgermeisterin Frau Borris nimmt zur Thematik Stellung und gibt den Hinweis, dass die Verwaltung über das bisher Erreichte bei der Kindersozialarbeit eine Evaluierung vornehmen werde. Sie erklärt, dass pandemiebedingt das Projekt schwer gestartet sei und verweist auf die Wichtigkeit der präventiven Arbeit schon im Kindesalter. Abschließend bittet Frau Borris um Zustimmung zum vorliegenden Antrag A0035/22.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, gibt den Hinweis, dass das Land vereinbart habe, dass die Schulsozialarbeit durch Landesmittel finanziert wird und signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Änderungsantrag A0035/22/1 und zum Antrag A0035/22.

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei Stadträtin Schumann wirbt im Namen ihrer Fraktion für die Annahme des Antrages A0035/22 und merkt an, dass Kindersozialarbeit bereits im frühen Alter wichtig sei.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0035/22/1 der Fraktion DIE LINKE mit 33 Ja-, 7 Neinstimmen und 9 Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Ferner stellt die Landeshauptstadt sicher, dass unabhängig der finanziellen Unterstützung durch das Land, alle derzeitigen KITA-Sozialarbeitsprojekte weitergeführt und nachhaltig verankert werden.

Gemäß vorliegendem Antrag A0035/22 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages A0035/22/1 mit 44 Ja-, 6 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4068-048(VII)22

Der Oberbürgermeister wird gebeten, umgehend Gespräche mit den Verantwortlichen des Landes Sachsen-Anhalt aufzunehmen, um die im Jahr 2022 auslaufende Finanzierung der Kitasozialarbeit langfristig zu sichern.

Ferner stellt die Landeshauptstadt sicher, dass unabhängig der finanziellen Unterstützung durch das Land, alle derzeitigen KITA-Sozialarbeitsprojekte weitergeführt und nachhaltig verankert werden.

Neuanträge

6.6.	Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die zukünftige Preisgestaltung der MVB Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0086/22
------	--	----------

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz – Überweisung des Antrages A0086/22 in die Ausschüsse VW und FG und der Fraktion GRÜNE/future! und Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0086/22 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 38 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0086/22 wird in die Ausschüsse VW, FG und StBV überwiesen.

- 6.7. Entflechtung Rad-/Fußweg an der Elbuferpromenade zwischen Petriförder und Strombrücke A0087/22
Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz
-

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz – Überweisung des Antrages A0087/22 in die Ausschüsse StBV, FG und KRB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 42 Ja-, 1 Neinstimme und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0087/22 wird in die Ausschüsse StBV, FG und KRB überwiesen.

- 6.8. Miteinander statt Gegeneinander A0090/22
CDU-Ratsfraktion
-

Es liegen die GO-Anträge der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0090/22 in den Ausschuss KRB, der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0090/22 in die Ausschüsse StBV, WTR und FG und der Fraktion DIE LINKE, Überweisung des Antrages A0090/22 in die Ausschüsse StBV und FuG – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 35 Ja-, 7 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0090/22 wird in die Ausschüsse KRB, StBV, WTR, FG und FuG überwiesen.

- 6.9. Prüfung aller tot aufgefundenen Tiere auf Kennzeichnung zur Information der Halterinnen und Halter im Tierheim der Landeshauptstadt Magdeburg A0085/22
Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz
-

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz – Überweisung des Antrages A0085/22 in die Ausschüsse VW und KRB und der Fraktion DIE LINKE und SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0085/22 in den Ausschuss GeSo – vor.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott merkt an, dass der Ausschuss VW in dieser Angelegenheit nicht zuständig ist und stellt den GO-Antrag gesondert zur Abstimmung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 14 Ja-, 28 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der GO-Antrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz – Überweisung des Antrages A0085/22 in den Ausschuss VW – wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 39 Ja-, 2 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0085/22 wird in die Ausschüsse KRB und GeSo überwiesen.

6.10.	Wasserverlust am Barleber See I entgegenwirken	A0088/22
	Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, erklärt, dass seine Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag A0088/22/1 der Fraktion GRÜNE/future! übernehmen.

Gemäß modifizierten Antrag A0088/22 **beschließt** der Stadtrat mit 37 Ja-, 7 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4069-048(VII)22

Der Oberbürgermeister wird beauftragt durch das Umweltamt prüfen zu lassen, welche Möglichkeiten in Betracht kommen, dem Wasserverlust am Barleber See I, durch Speisung von außen entgegen wirken zu können, ohne die Wasserqualität zu verschlechtern und welche Kosten für die möglichen Maßnahmen entstehen würden.

Die Ergebnisse sowie ein Lösungsvorschlag sind im Ausschuss für Umwelt und Energie vorzustellen.

6.11.	Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Beyendorf-Sohlen	A0092/22
	Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen	

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0092/22 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 39 Ja-, 0 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

Der Antrag A0092/22 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

6.12. Fahrradsituation auf dem Nordabschnitt Breiter Weg

A0091/22

Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei Stadträtin Schumann erklärt, dass ihre Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag A0091/22/1 der Fraktion GRÜNE/future! übernimmt.

Gemäß modifizierten Antrag A0091/22 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei **beschließt** der Stadtrat mit 39 Ja-, 0 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4070-048(VII)22

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, das Miteinander von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen auf dem Nordabschnitt des Breiten Weges (zwischen Universitätsplatz und Alter Markt) durch Schaffung von dezidierter Radinfrastruktur zu verbessern. Dabei sind insbesondere die Haltestellensituationen näher zu betrachten.

6.13. Raum-/Nutzungskonzept für das Logenhaus

A0093/22

Fraktion DIE LINKE

Es liegen die GO-Anträge der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0093/22 in die Ausschüsse FG und K, der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0093/22 in die Ausschüsse K, StBV und FG und der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0093/22 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 42 Ja,- 8 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0093/22 wird in die Ausschüsse FG, K und StBV überwiesen.

Persönliche Erklärung des Stadtrates Stage, Fraktion GRÜNE/future!

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 1)**

- 6.14. Bezahlbare Mieten sichern – Mietsteigerungen eindämmen! A0094/22
Fraktion DIE LINKE
-

Es liegen die GO-Anträge der CDU-Ratsfraktion und SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0094/22 in den Ausschuss StBV und der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0094/22 in die Ausschüsse GeSo, KRB, StBV und FuG – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 36 Ja-, 7 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Der Antrag A0094/22 der Fraktion DIE LINKE wird in die Ausschüsse StBV, GeSo, KRB und FuG überwiesen.

- 6.15. Trinkwasserspender oder Trinkbrunnen in Schulen und Kitas A0097/22
Fraktion AfD
-

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion FDP/Tierschutzpartei – Überweisung des Antrages A0097/22 in die Ausschüsse GeSo, Juhi, BSS und FG – vor.

Der Stadtrat **beschließt** mit 11 Ja-, 34 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der vorliegende GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0097/22 in die Ausschüsse GeSo, Juhi, BSS und FG – wird **abgelehnt**.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann zieht den Antrag A0097/22 von der heutigen Tagesordnung **zurück**.

6.16. Unfallschwerpunkt Uniplatz A0089/22
 Fraktion Grüne/future!

Eingehend auf den vorliegenden Antrag A0089/22 merkt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper an, dass nach seiner Wahrnehmung der Uniplatz kein Unfallschwerpunkt ist.

Gemäß vorliegendem Antrag A0089/22 der Fraktion GRÜNE/future! **beschließt** der Stadtrat mit 28 Ja-, 16 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4071-048(VII)22

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie sich die Sicherheit für Radfahrende und Fußgehende am Verkehrsknoten Universitätsplatz erhöhen lässt. Dabei sollen insbesondere die Einfahrt auf der Westseite sowie die Einfahrt auf der Ostseite des Uniplatzes, aber auch die Einfahrt von der Walther-Rathenau-Straße in die Straße Am Krökentor betrachtet werden. Es sollen kurz- und langfristige Maßnahmen bis zum I. Quartal 2023 vorgeschlagen werden.

6.17. Vermeidung von Lebensmittelverschwendung A0095/22
 Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Gemäß vorliegendem Antrag A0095/22 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei **beschließt** der Stadtrat mit 35 Ja-, 6 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 4072-048(VII)22

Die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung ist eine Aufgabe mit gesamtgesellschaftlicher, ökologischer und ökonomischer Tragweite. Deshalb ist es auch mit Blick auf die aktuellen weltpolitischen Ereignisse von größter Bedeutung die Suche nach nachhaltigen Ansätzen zu intensivieren und erfolgversprechende Konzepte umzusetzen.

Der Oberbürgermeister wird in diesem Zusammenhang ersucht **zu prüfen**,

- (1) welche Initiativen in Magdeburg bereits zum Thema Reduzierung von Lebensmittelverschwendung existieren und inwiefern das damit verbundene Engagement verstärkt werden kann.
- (2) inwiefern eine Kampagne zur Verbesserung der Ernährungsbildung von Kindern und Erwachsenen als Beitrag zu einer nachhaltigen Sensibilisierung in Zusammenhang mit

Abfallvermeidung und Lebensmittelverschwendung initiiert werden kann und welche finanziellen Aufwendungen damit verbunden wären.

- (3) ob die Nutzung einer Food-Waste-App für Restaurants, Bistros und Kantinen zur vergünstigten Abgabe von Essen und Lebensmitteln kurz vor Ladenschluss stärker bekannt gemacht werden kann und welche finanziellen Aufwendungen damit verbunden wären.
- (4) inwiefern die Möglichkeiten der kostenlosen Weitergabe von Produkten – die noch für den Verzehr geeignet sind, nicht aber die Qualitätsstandards für den Verkauf erfüllen – für den Lebensmitteleinzelhandel verbessert werden können.
- (5) welche Voraussetzungen für den Beitritt zum Netzwerk «Städte gegen Food Waste» erfüllt sein müssen und in welchem Rahmen – aus Sicht der Verwaltung – ein Beitritt der Landeshauptstadt Magdeburg einen Mehrwert schaffen kann.

Darüber hinaus bitten wir den Oberbürgermeister **zu ermitteln**, wie viele Lebensmittelabfälle in der Landeshauptstadt Magdeburg jährlich seit 2017 anfallen und wie sich die Kosten für deren Vernichtung innerhalb der letzten fünf Jahre entwickelt haben.

6.18. Luftverschmutzung Albert-Vater-Straße

A0096/22

Fraktion Grüne/future!

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke macht erläuternde Ausführungen zur Intention des vorliegenden Antrages A0096/22.

Der Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei Stadtrat Moll bringt den Änderungsantrag A0096/22/1 ein.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke gibt den Hinweis, dass es vor 2 Jahren einen ähnlichen Antrag seiner Fraktion gab und dadurch die Antwort beschleunigt werden könne.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0096/22/1 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei **beschließt** der Stadtrat mit 41 Ja-, 7 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0096/22 wird wie folgt geändert (Änderungen sind durchgestrichen bzw. fett markiert):

Der Oberbürgermeister wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass die Luftschadstoffbelastung an der Albert-Vater-Straße geprüft und dafür eine Luftschadstoffmessung an der Albert-Vater-Straße auf Höhe der Grundschule Stadtfeld/Förderschule Anne Frank durchgeführt wird. Die Messung soll **nach erfolgter Fertigstellung und Freigabe des Tunnels in der Ernst-Reuter-Alle sowie einer angemessenen Normalisierungsphase des Verkehrs in diesem Bereich** ~~ab Herbst und Winter~~ stattfinden und Auskunft darüber geben, wie hoch die durch den Verkehr entstehende Luftbelastung für die Schüler*innen sind.

Die Ergebnisse der Messungen sollen im Finanz- und Grundstücksausschuss, im Ausschuss für Umwelt und Energie sowie im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport vorgestellt werden.

Gemäß vorliegendem Antrag A0096/22 der Fraktion GRÜNE/future! **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages A0096/22/1 mit 41 Ja-, 9 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 4073-048(VII)22

Der Oberbürgermeister wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass die Luftschadstoffbelastung an der Albert-Vater-Straße geprüft und dafür eine Luftschadstoffmessung an der Albert-Vater-Straße auf Höhe der Grundschule Stadtfeld/Förderschule Anne Frank durchgeführt wird. Die Messung soll nach erfolgter Fertigstellung und Freigabe des Tunnels in der Ernst-Reuter-Alle sowie einer angemessenen Normalisierungsphase des Verkehrs in diesem Bereich stattfinden und Auskunft darüber geben, wie hoch die durch den Verkehr entstehende Luftbelastung für die Schüler*innen sind.

Die Ergebnisse der Messungen sollen im Finanz- und Grundstücksausschuss, im Ausschuss für Umwelt und Energie sowie im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport vorgestellt werden.

6.19.	Selbstdarstellung des Rates und der Fraktionen im Alten Rathaus Fraktion AfD	A0098/22
-------	---	----------

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, bringt den Antrag A0098/22 ein.

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei Stadträtin Schumann verweist auf eine diesbezügliche Nachfrage im Verwaltungsausschuss und die Zusage des Oberbürgermeisters hinsichtlich einer entsprechenden Prüfung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass er veranlasst habe, dass die Fraktionen Informationsmaterial am Empfang des Alten Rathauses auslegen können.

Der Stadtrat **beschließt** mit 7 Ja-, 41 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 4074-048(VII)22

Der Antrag A0098/22 der Fraktion AfD –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Eingangsbereich des Alten Rathauses eine Möglichkeit zu schaffen, Besucher über den Stadtrat und die Arbeit der Fraktionen zu

informieren. Fraktionen ist zu gewähren, eigenes Informationsmaterial auszulegen. Weitere Auslagen im Alten Rathaus werden nicht weiter gestattet. –

wird **abgelehnt**.

6.20.	Optimierung der Übertragung der Stadtratssitzungen	A0099/22
	Fraktion FDP/Tierschutzpartei	

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0099/22 in die Ausschüsse VW und FG und der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0099/22 in den Ausschuss VW – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 50 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0099/22 wird in die Ausschüsse VW und FG überwiesen.

7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Es wurden keine Fragen gestellt.

Schriftliche Anfrage (F0141/22) des Stadtrates Meister, Fraktion GRÜNE/future!

Es gibt Berichte, dass im Zuge von geplanten Umbauten am Hegelgymnasium das historische Chemiekabinett (Hörsaal und Labor) möglicherweise abgerissen werden soll. Das wäre ein sehr bedauerlicher Verlust.

Vor diesem Hintergrund stelle ich folgende Fragen:

1. Wie stellt sich die Situation dar? Ist ein solcher Abriss tatsächlich geplant? Welche anderen Möglichkeiten werden geprüft?
2. Wird die Untere Denkmalschutzbehörde in die Überlegungen mit einbezogen?

Antwort der Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Frau Stieler-Hinz:

Frau Stieler-Hinz informiert, dass der FB 40 keine Planungen für die Umnutzung dieser Räumlichkeiten vorgenommen hat. Allerdings gab es interne Überlegungen innerhalb der Schule, wie tatsächlich noch Raumbedarfe gedeckt werden können. Sie führt weiter aus, dass die Verwaltung gerade die derzeitige Situation prüft und an einer Lösung arbeitet.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.2 Schriftliche Anfrage (F0137/22) des Stadtrates Boxhorn, CDU-Ratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in der Volksstimme vom 06.05.2022 wird im Artikel „Polizei ermittelt gegen Plakatkleber“ von mutmaßlichen Sachbeschädigungen an „diversen Haltestellen“ in der Nacht vom 04. auf den 05. Mai berichtet. Auf den Plakaten sei für mehrere Vorträge geworben worden. Die CDU-Ratsfraktion hat am 06. Mai am Hauptbahnhof an der Scheibe der Straßenbahnhaltestelle ein Plakat dokumentiert, auf welches die Beschreibung des Artikels in der Volksstimme zutrifft. Das Plakat lässt sich der Gruppe „Letzte Generation“ zuordnen.

Diese Gruppe trat in den vergangenen Monaten durch die Blockade von Straßen in Erscheinung. In der Börde bei Elbeu wurde vor einigen Tagen von Mitgliedern dieser Gruppe eine Ölpumpe manipuliert und einen „Sachschaden von mindestens 70.000 Euro“ verursacht, wie die Volksstimme vom 03.05.2022 berichtet.

Dazu frage ich den Oberbürgermeister:

1. Konnten die Täter der illegalen Plakatierung in Magdeburg ermittelt werden?
2. Wie viele Haltestellen der MVB waren betroffen?
3. Welche Schäden bzw. Reinigungsaufwand ist entstanden?
4. War der Verantwortliche im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.) auf den Plakaten genannt?
5. Wird die auf den Plakaten genannte Organisation/Gruppe für die entstandenen Reinigungskosten aufkommen?
6. Für welche Vorträge (Zeit, Ort, Thema) wurde auf den Plakaten geworben?
7. Wie plant die Stadt auf mögliche Straßenblockaden durch Mitglieder der „Letzte Generation“ zu reagieren, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten?
8. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um kritische Infrastruktur im Stadtgebiet (z.B. Öl- und Gaspipelines) vor Manipulationen von Mitgliedern der „Letzte Generation“ zu schützen?

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.3 Schriftliche Anfrage (F0130/22) der Stadträtin Brandt, SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Rahmen der vergangenen Wahlen sind von diversen Parteien/Wählergruppen und Einzelbewerbern Melderegisterauskünfte eingeholt wurden.

Ich frage Sie daher:

1. Welche Parteien / Wählergruppen / Einzelbewerber haben für die Landtagswahl 2021, die Bundestagswahl 2021 sowie die Oberbürgermeisterwahl 2022 Melderegisterauskünfte eingeholt und welche Gebühren waren hierfür zu zahlen?
Bitte separat auflisten und nach Partei/Wählergruppen und Einzelbewerber aufschlüsseln.
2. Falls Melderegisterauskünfte eingeholt wurde - welche Datensätze (z.B. Erstwähler) wurden abgefragt und von welcher unter 1. benannten Gruppe?
3. Falls Melderegisterauskünfte eingeholt wurden - in welcher Form wurden die Auskünfte an die Antragstellenden übergeben?
In Papierform oder online? Falls online, über welche datenschutzkonforme Möglichkeit wurden diese zur Verfügung gestellt?
4. Wie wurden die Zwecke der Datenanfrage der Antragstellenden beschrieben?
5. Gab es im Zeitraum vor den drei Wahlen (halbes Jahr davor) sowie während der Wahlen Anfragen von weiteren Dritten zu gewerblichen Zwecken?
Bitte einzelne Zeiträume sowie Anzahl auflisten.
6. Wie wird seitens der Meldebehörde sichergestellt, dass die zur Verfügung gestellten Daten nicht zweckentfremdet werden?
Gibt es Belehrungen bzw. Beiblätter dazu?

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.4 Schriftliche Anfrage (F0138/22 der Stadträtin Jäger und des Stadtrates Hempel, Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister hat auf der Einwohner:innenversammlung in Ottersleben das endgültige Aus für eine Biovergäranlage in Magdeburg verkündet.

Die bisherigen Planungen basierten auf einem Beschluss aus dem Jahr 2012. Mit dem Beschluss aus 2017 (1513-043 V/17) wurde der Betrieb einer solchen Anlage in das Abfallwirtschaftskonzept der LH aufgenommen. Bei der letzten Diskussion im Stadtrat über die Fortschreibung des Konzeptes am 11.04.2019 wurde der Änderungsantrag der CDU/FDP zur Aufgabe der Pläne mehrheitlich abgelehnt. Lediglich der Standort war noch zu prüfen.

In diesem Zusammenhang möchten wir fragen:

1. Aufgrund welcher Beschlusslage des Stadtrates erfolgte die oben genannte Aussage des Oberbürgermeisters?
2. Welche Ergebnisse hat die Standortprüfung für eine Biovergäranlage gebracht?
3. Aus welchen Wirtschaftlichkeitsberechnungen heraus erfolgte dieses verkündete Aus? (Zeitpunkt/ Grundannahmen/ Ökologische und ökonomische Faktoren)
4. Müssen (bei weit zurückliegenden Annahmen) diese nicht unter den aktuellen Rahmenbedingungen und Preisen von Erdgas/ Erdöl und der angestrebten Unabhängigkeit von russischen Energieträgern neu geprüft werden?
5. Eine bisherige klare Positionierung der Verwaltung für die Errichtung einer Anlage wurde mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz begründet. Ist dieses in den vergangenen Monaten dahingehend geändert worden, dass diese rechtliche Grundlage nun weggefallen ist?
6. Welche Alternativen sind nun gegeben? Wann wird das Abfallwirtschaftskonzept diskutiert?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper teilt mit, dass die Verwaltung das Vorhaben nicht weiterverfolgen möchte, da es aussichtslos ist. Er merkt an, dass eine entsprechende Drucksache für den Stadtrat in der Septembersitzung vorgelegt wird.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.5 Schriftliche Anfrage (F0149/22) des Stadtrates Pasemann, Fraktion AfD

Sehr geehrter Oberbürgermeister Dr. Trümper,

Ich frage Sie:

1. Sind bereits Verträge mit Intel geschlossen worden bzw. wann werden Verträge mit Intel geschlossen? Wann erfahren die Stadträte vom Inhalt und welches Mitspracherecht haben diese? Werden die Verhandlungen mit Intel am Stadtrat vorbei geschehen?
2. Welche festen Zusagen seitens der Stadt gibt es bereits jetzt gegenüber Intel? Welche Aufgaben übernimmt die Stadt für Intel?
3. Kauft Intel die gesamte Fläche des Gewerbegebietes Eulenberg - alles auf einmal oder nach Bedarf? Wer übernimmt die Erschließung der Flächen?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Herr Dr. Trümper stellt klar, dass er über Verkaufsverhandlungen keine Aussage öffentlich getätigt werden. Er verweist auf seinem Besuch bei Intel in Dublin und die gemachte Erfahrung, dass eine vernünftige Kommunikationsstrategie mit der Politik und den Bürger*innen für den Erfolg der Ansiedlung von Nöten sei.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.6 Schriftliche Anfrage F0120/22 der Stadträtin Meyer-Pinger, Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Landtag von Sachsen-Anhalt hat im Rahmen seiner 10. Sitzungsperiode einen Antrag zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV beschlossen. Inhalt dieses Antrages ist unter anderem die Erprobung eines 365-Tage-Tickets, welches modellhaft in einer ländlich und einer städtisch geprägten Region erprobt werden soll. In einer entsprechenden Pressemitteilung verwies das zuständige Ministerium für Infrastruktur und Digitales am 30. April 2022 auf einen zeitnahen Bewerbungsaufwurf durch die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Alle interessierten Landkreise und kreisfreien Städte sind aufgerufen, bis Ende Juni 2022 eine Bewerbung einzureichen, um im Rahmen des Auswahlprozesses berücksichtigt werden zu können. Die zugrunde liegenden Bewerbungen müssen klar benennen, welcher räumliche Gültigkeitsbereich für das Ticket gelten soll, welche Verkehrsunternehmen beteiligt und in welcher Höhe der Ticketpreis angesetzt werden soll.

Mir ergeben sich diesbezüglich die nachfolgenden Fragen:

1. Wie beurteilt die Verwaltung die Möglichkeiten, durch ein solches Ticket die Attraktivität unseres ÖPNV zu steigern?
2. Plant die Verwaltung eine Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg zu erarbeiten und einzureichen? Und falls ja:
 - a. Welche Bereiche werden konkret in den Beratungs- und Erstellungsprozess einbezogen?
 - b. In welcher Höhe beziffert die Stadtverwaltung den zu veranschlagenden Ticketpreis?
 - c. Wird dieser Ticketpreis für unterschiedliche Personengruppen variieren und wenn ja, in welchem konkreten Rahmen?
3. Steht die Stadtverwaltung im Austausch mit anderen Regionen, um von deren Erfahrungen zu profitieren und um ggf. erfolgreiche Konzepte auch in Magdeburg umzusetzen?

Ich bitte Sie um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Beantwortung der voranstehenden Fragen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Herr Dr. Trümper teilt mit, dass er diesbezüglich im Landtag zu einer Anhörung war und über den Sachverhalt informiert wurde. Er macht deutlich, dass er noch nicht wisse, wer sich eigentlich bewerben soll und die Stadt dies alleine nicht umsetzen könne. Er erklärt im Weiteren, noch keine Ausschreibungsunterlagen zu kennen.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Umwelt und Stadtentwicklung, Herrn Rehbaum:

Herr Rehbaum informiert, dass er mit der Geschäftsführung der MVB gesprochen habe und diese beabsichtigt, sich zu bewerben.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.7 Schriftliche Anfrage (F0126/22) des Stadtrates Stage, Fraktion GRÜNE/future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sie wiesen in der Vergangenheit mehrfach, zuletzt in der Stadtratssitzung vom 24. März 2022, darauf hin, dass eine mögliche Entlastungsstraße Ostelbien intensiv untersucht wurden sei und im Ergebnis (Zitat) „nichts bringt“. Mir sind dazu die Informationsvorlagen I0323/18 vom 18.12.2018, I0044/20 vom 10.02.2020 und I0393/20 vom 15.12.2020 bekannt.

- 1) Beziehen Sie sich bei Ihren Aussagen auf diese Vorlagen? Wenn nein oder nicht ausschließlich, auf welche noch?

Die Informationsvorlagen I0323/18 „Entlastungsstraße Cracau und Dritte Elbquerung für Magdeburg“ und I0044/20 „Entlastungsstraße für Cracau“ legten dabei immer die „Annahme zugrunde, dass die Entlastungsstraße grundsätzlich zusammen mit einer dritten Elbquerung realisiert wird.“

- 2) Gab es denn überhaupt belastbare Gründe für die Annahme, dass der Bau einer sogenannten dritten Elbquerung, welche die Verkehre um die Innenstadt herum und stattdessen durch Ostelbien leiten sollte, gleichzeitig zu einer verkehrlichen Entlastung Ostelbien führen könnte? Wenn ja, welche?

Die Verkehrsuntersuchung, die Bestandteil der I0044/20 ist, kommt im Fazit auf Seite 51 zu dem Ergebnis „Vorzugslösung ist der Verzicht auf eine dritte Elbquerung. Hauptgrund hierfür ist die Tatsache, dass die wesentliche Zielstellung, die Entlastung des Straßenzuges Genthiner Straße – Alt Prester und der Innenstadt, unabhängig von der Lage der Elbquerung verfehlt wurde.“

- 3) Wenn sogar die vom Stadtplanungsamt beauftragte Verkehrsuntersuchung einen Verzicht auf die sogenannte dritte Elbquerung empfahl, warum wurde dann nicht automatisch auch Varianten für eine Entlastungsstraße unabhängig von einer sogenannten 3. Elbquerung untersucht?

Durch Stadtratsbeschluss vom 18.05.2020 erfolgte dann eine Untersuchung von Varianten für die Entlastungsstraße unabhängig von einer sogenannte 3. Elbquerung. Diese wurden mit I0393/20 „Ergänzung Verkehrsuntersuchung Entlastungsstraße für Cracau“ vorgelegt. Als Basis für die Varianten ohne zusätzliche Elbquerung dienten dabei die Varianten mit zusätzlicher Elbquerung.

- 4) Würden Sie mir bei der Einschätzung zustimmen, dass hier möglicherweise ein methodischer Fehler dieser ergänzenden Verkehrsuntersuchung vorliegt? War tatsächlich zu erwarten, dass die selben Verkehrsrouten, die ursprünglich Verkehre um die Innenstadt herumleiten sollten, nun zufällig auch die optimalen für eine verkehrliche Entlastung Ostelbiens sein könnten?

Weiterhin wird die neue Variante 5A untersucht, die als einzige kein „Relikt“ der Varianten mit zusätzlicher Elbquerung ist. Und tatsächlich kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die Variante 5A

- im Bereich der Luisenthaler Straße eine sehr deutliche Entlastung (-79 %)
 - in der Straße Alt Prester eine sehr deutliche Entlastung (-66 %)
 - in der Pechauer Straße eine deutliche Entlastung (-40%)
 - in der Cracauer Straße eine hohe Entlastung (-33%)
- mit sich bringt.

- 5) Warum kommen Sie bei einer Entlastung von 33% bis 79% dennoch zu der Bewertung, dass eine Entlastungsstraße „nichts bringt“?

Ebenfalls stellt die Verkehrsuntersuchung fest:

„Zusammenfassend ist festzustellen, dass alle untersuchten Planfälle dazu geeignet sind, die Verkehrsbelastungen auf den vorhandenen Strecken in Ostelbien zu reduzieren. Mit Planfall P05A können die höchsten Verringerungen erzielt werden. (...) Im Planfall P05A ergeben sich Entlastungen von mehr als -30 % in allen Straßenquerschnitten mit Ausnahme der Cracauer Straße (zwischen Zetkinstraße und F.-Ebert-Straße). In einigen Straßenabschnitten können sogar Entlastungen von bis zu -80 % gegenüber dem Prognose-Nullfall erreicht werden.“

- 6) Bringt also möglicherweise eine Entlastungsstraße doch eine sehr deutliche Entlastung, wenn man sie nur unabhängig von einer zusätzlichen Elbquerung plant und die richtige Route wählt?

Die Verkehrsuntersuchung macht sogar Aussagen zum ÖPNV:

„Es wird deutlich, dass alle untersuchten Planfälle zu einer Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr (MIV) sowie Fuß- und Radverkehr zum ÖV führen. Dieser Effekt wird durch die Tatsache begründet, dass neben der Entlastungsstraße auch für den ÖV Angebote geschaffen werden, die attraktiver als der Bestand sind.“

- 7) Wenn also die vom Stadtplanungsamt beauftragte Verkehrsuntersuchung sogar zu dem Ergebnis kommt, dass eine Entlastungsstraße für insgesamt weniger MIV und eine stärkere Nutzung des ÖPNV durch Attraktivitätssteigerung sorgen wird, wieso bringt diese dann nichts? Ist eine Stärkung des ÖPNV nicht mehr unser gemeinsam von Stadtrat und Verwaltung erklärtes Ziel?

Im Fazit wird zusammengefasst, dass der „(...) Durchgangsverkehr – bezogen auf das Planungsgebiet Ostelbien – ungefähr 50 % des Verkehrsaufkommens (...) ausmacht. Die anderen ca. 50 % entstehen durch Fahrten in bzw. aus den ostelbischen Stadtteilen (...)“.

- 8) Von dem Hintergrund dieses Ergebnisses und der Feststellung, dass eine Routenführung wie die 5A, die nicht nur Durchgangsverkehr „herumleitet“, sondern auch eine Erschließungsfunktion für Quell- und Zielverkehre mit sich bringt, durchaus deutliche Verbesserungen mit sich bringt, frage ich: Warum wurde keine Variante untersucht, die noch stärker als Variante 5A Entlastungs- und Erschließungsfunktion miteinander verbindet?
- 9) Ganz konkret: Warum wurde keine Variante wie die als Anlage beigefügte untersucht, die eine Anbindung an die B1, den Gübser Weg, den Schwarzkopfweg, den Kopfendenweg, den Zipkeleber Weg, den Klusdamm sowie die Luisenthaler Str. für alle Verkehrsarten ermöglicht und langfristig sogar eine Anbindung nach Fermersleben / Salbke für Fuß-, Rad- und ÖPN-Verkehr zumindest denkbar macht? Obwohl alle Teilabschnitte als Bestandteile der Varianten 1A, 2A, 5A und 3A untersucht wurden?
- 10) Vor dem Hintergrund des Aufstiegs des 1. FCM in die 2. Bundesliga und der auch bisher schon großen Herausforderungen der Veranstaltungsverkehre in Ostelbien: Könnte solch eine Variante nicht auch hier für Entlastung sorgen?

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.8 Schriftliche Anfrage (F0133/22) des Stadtrates Rupsch, CDU-Ratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

immer wieder fehlen Teile der Umzäunung (Stahlseile) am Spielplatz Pechauer Platz. In den Sitzungen der GWA Ostelbien wird dies regelmäßig angesprochen und kritisiert.

Das Risiko hier besteht im Besonderen darin, dass Kinder vom Spielplatz schneller auf die viel befahrene Straße abkommen können. Eine zusätzliche Einfriedung als Markierungselement zwischen Spielplatz und Grünanlage besteht nicht. Kinder können daher nicht schnell erkennen, wo der Spielplatz aufhört. Besonders bei Ballsportarten kann es schnell zu einem erhöhten Unfallrisiko kommen.

Dazu frage ich den Oberbürgermeister:

1. Seit wann ist der Stadt Magdeburg diese Situation bekannt?
2. Wann wird der Mangel behoben?
3. Woran können Kinder erkennen, wo der Spielplatzbereich anfängt und aufhört?
4. Wie kann die Sicherheit für die Kinder in diesem Bereich erhöht werden?

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.9 Schriftliche Anfrage (F0124/22) der Stadträte Dr. Wiebe und Abel, SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit der Stellungnahme S0208/20 zur Anfrage F0088/20 zur Stellungnahme S0066/19 vom 18.02.2019 zum A0012/19 vom 24.01.2019 wurde mitgeteilt, dass die Verwaltung im blaumarkierten Abschnitt gemäß Anlageplan auch diesen Abschnitt mit einer Beleuchtung versehen möchte und hatte die Realisierung bereits beauftragt. Bislang sind die Arbeiten jedoch nicht umgesetzt worden.

Es ergeben sich nun folgende Fragen:

1. Wann ist mit der Fortsetzung bzw. dem Abschluss der Maßnahme zu rechnen?
2. Ist der wichtige und besonders unübersichtliche Abschnitt (Eckbereich Im Kräuterwinkel / Am Schäferbrunnen in Richtung Holzweg) inzwischen berücksichtigt? Dieser ist lt. Anlage zum Projekt in der Stellungnahme S0066/19 als dringlich gekennzeichnet.

Antwort des Beigeordneten für Umwelt und Stadtentwicklung, Herrn Rehbaum:

Eingehend auf die Frage 1 teilt Herr Rehbaum mit, dass die Maßnahme seit 2021 abgeschlossen ist.

Zur Frage 2 merkt er an, dass dieser Abschnitt nicht Bestandteil des Antrages A0012/19 war, er jedoch von der Verwaltung berücksichtigt, allerdings nicht als dringlich eingestuft wurde. Er führt weiter aus, dass er noch nicht sagen könne, wann die Umsetzung erfolgt.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.10 Schriftliche Anfrage (F0131/22) des Stadtrates Baum, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Verkehrssituation in Magdeburg ist vorsichtig formuliert schwierig. Eine gegenseitige Schuldzuweisung löst die Probleme jedoch nicht. Ein Ausspielen der einzelnen verkehrsteilnehmenden Gruppen gegeneinander kann auch keine Lösung sein. Wir kommen da nur mit gegenseitiger Rücksicht und mehr Nachvollziehbarkeit durch. Ziel dieser Anfrage soll sein, Möglichkeiten und sprichwörtlich Wege zu erschließen, die Situation, die uns noch lange begleiten wird, erträglicher zu machen.

Bei der veränderten Verkehrssituation an der Kreuzung Ernst-Reuter-Allee/Otto-von-Guericke-Straße sehen sich zu Fuß Gehende sowie Radfahrende vor neuen Herausforderungen, neben der in Magdeburg häufiger notwendigen Baustellen-Navigation durch den Zaun- bzw. Absperrungswald, müssen sie mehr Zeit bei der Überquerung der Straßen einplanen. Gleichzeitig steht weniger Fläche für mehr wartende Menschen zur Verfügung. Ein Überqueren der Straße in einer Grünphase ist nicht immer möglich - gerade auch für langsamere Verkehrsteilnehmende.

Ich frage Sie in diesem Zusammenhang:

- 1) Bei der veränderten Verkehrssituation an der Kreuzung Ernst-Reuter-Allee/Otto-von-Guericke-Straße sehen sich zu Fuß Gehende sowie Radfahrende vor neuen Herausforderungen, neben der in Magdeburg häufiger notwendigen Baustellen-Navigation durch den Zaun- bzw. Absperrungswald, müssen sie mehr Zeit bei der Überquerung der Straßen einplanen. Gleichzeitig steht weniger Fläche für mehr wartende Menschen zur Verfügung. Ein Überqueren der Straße in einer Grünphase ist nicht immer möglich - gerade auch für langsamere Verkehrsteilnehmende.
 - 1a) Besteht die Möglichkeit die Fläche für wartende Fußgänger*innen und Radfahrer*innen zu vergrößern?
 - 1b) Besteht die Möglichkeit die Aufteilung der Schaltzeiten der Ampelanlagen so anzupassen, um zu Fuß Gehenden das Überqueren der Straßen innerhalb einer Grünphase zu gewährleisten, sowie generell die Schaltzeiten im Sinne einer (auch für zu Fuß Gehende) fairen Zeitverteilung zu optimieren?
 - 1c) Besteht die Möglichkeit durch zusätzliche, eindeutige Beschilderung, Ausweisung sowie Markierung die Situation nachvollziehbarer und übersichtlicher zu gestalten?
- 2) Zwischen Damaschkeplatz und ZOB kommt es auf dem Verbindungsstück zu einer Verengung der Fahrbahn unmittelbar im Bereich einer Kurve, welche durch Baken und

Zäune schwer einzusehen ist. Gleichzeitig verkehren hier zu Fuß Gehende und Radfahrende in beide Richtungen.

2a) Besteht die Möglichkeit durch zusätzliche, eindeutiger Beschilderung, Ausweisung sowie Markierung die Situation sicherer, nachvollziehbarer und übersichtlicher zu gestalten?

Es wird um eine ausführliche schriftliche sowie eine kurze mündliche Antwort gebeten.

Antwort des Beigeordneten für Umwelt und Stadtentwicklung, Herrn Rehbaum:

Herr Rehbaum teilt mit, dass diese umfänglichen Fragen noch einer Klärung bedürfen. Er gibt aber den Hinweis, dass mit dieser Ampelschaltung keiner der Verkehrsteilnehmergruppen zufrieden ist. Aus diesem Grund ist es erforderlich, dass sich die Sperrkommission mit dieser Thematik befasst, um zu einer besseren Lösung zu kommen.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Herr Dr. Trümper gibt den Hinweis, dass die Bauarbeiten im August beendet sein werden und es deshalb keinen Sinn mache, jetzt noch Änderungen vorzunehmen.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.11 Schriftliche Anfrage (F0132/22) der Stadträtin Schulze, Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit einiger Zeit sind die letzten Treppenstufen von den Seeterrassen am „Le Frog“ hinunter zum Adolf Mittag See durch einen Bauzaun gesperrt. Laut Volksstimme-Artikel vom 05.07.2021 und der Erklärung von Stadtsprecherin Kerstin Kinszorra wurde die mangelnde Standsicherheit im Zuge einer statisch-konstruktiven Begutachtung bestätigt. Zu dieser Zeit war ein spezialisiertes Planungsbüro damit beauftragt, ein Sanierungskonzept inklusive Kosteneinschätzung zu erarbeiten. In der Information I0050/22 „Änderungen in der Planung zur Modernisierung der Stadthalle mit Außenanlagen / Teil B“ und der Anlage 5 - Entwurfsplan Teilbereiche, endet die Modernisierung der Außenbereiche (Teilbereich 2 - Festwiese) jedoch an der o.g. Treppe zum Adolf Mittag See. Mir ergeben sich diesbezüglich folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Ausarbeitung des Sanierungskonzeptes für die Treppe? Liegt das Konzept bereits vor?

Wenn ja: Wie sieht die Kosteneinschätzung des Planungsbüros aus?

Wenn nein: Wann kann mit der Fertigstellung gerechnet werden?

2. Ist das Konzept bereits (bzw. nach Fertigstellung) einsehbar?

Wenn ja: Wo kann das Sanierungskonzept eingesehen werden?

3. Wurde eine Sanierung der Pergola am Adolf Mittag See in der DS0383/21 „Finanzierung zur Modernisierung der Stadthalle mit Außenanlagen / Teil B Außenanlagen“ berücksichtigt?

Wenn nein: Warum nicht?

Wenn ja: Wann wird mit der Fertigstellung der Modernisierungen gerechnet?

4. Es sollte das Bestreben der Stadt sein, dass es nach einer millionenschweren Investition nicht dazu kommt, dass die Außenbereiche der Stadthalle saniert sind, die Gäste und Touristen jedoch vor einem Bauzaun an der Treppe zum Adolf Mittag See stehen.
Ist geplant, die Modernisierung der Außenbereiche der Stadthalle zeitgleich mit der Sanierung der Treppe zum Adolf Mittag See fertigzustellen?

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.12 Schriftliche Anfrage (F0145/22) der Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!

Im November 2020 wurde die Machbarkeitsstudie (I0337/20) zu Radschnellverbindungen in der Region Magdeburg vorgestellt. Die Machbarkeitsstudie liefert die Grundlagen für weitere Planungsschritte und weist die grundsätzliche Machbarkeit von RSV entlang der gewählten Vorzugstrassen nach. Hier werden 7 Korridore mit Vorzugstrassen aufgezeigt, wobei am Ende nur noch 5 Korridore verbleiben. In diversen Gesprächen wurde die südwestliche Route favorisiert und versichert, dass Planungsmittel dazu für den Haushalt in 2022 eingestellt wurden.

Ich frage Sie, Herr Dr. Trümper deshalb in diesem Zusammenhang:

1. Wie ist der aktuelle Stand in Bezug auf die erste Radschnellverbindung in Magdeburg?
2. Wie weit sind die Planungen vorangeschritten?
3. Wurden schon Gespräche mit Flächeneigentümer*innen geführt und wenn ja, wie viele und welche davon waren erfolgreich?
4. Wurde die Trasse aufgrund des Gewerbegebietes Eulenberg und der Intel-Ansiedlung angepasst?
5. Wie sieht der Zeitplan für die Herstellung der Radschnellverbindung aus und wird dieser aktuell eingehalten?

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.13 Schriftliche Anfrage (F0125/22) der Stadträte Dr. Wiebe und Abel, SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Im Oktober 2020 wurde der Antrag A0142/20 für eine Aufwertung der Fläche „Am Teich“ in Alt-Olvenstedt beschlossen. Laut Stellungnahme der Verwaltung (S0287/20 vom 03.08.2020) wurde mitgeteilt, dass für die Bürger*innen von Alt-Olvenstedt künftig eine nachhaltige und attraktive Steigerung der Aufenthaltsqualität auf diesem alten Dorfanger zu erzielen sei. Zur Realisierung dieser Zielsetzung schlug die Verwaltung eine Aktualisierung der alten Planung von 2006 mit der dazugehörigen Kostenschätzung vor.

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Welche Anstrengungen hat die Verwaltung bislang unternommen, um der vorliegenden Vorschläge die entsprechende Aktualisierung herbei zu führen?
2. Wann ist mit der Vorlage der aktualisierten Planung von 2006 zu rechnen?
3. Sind entsprechende Vorschläge von Anwohner*innen bei der Verwaltung eingegangen?

Antwort des Beigeordneten für Umwelt und Stadtentwicklung, Herrn Rehbaum:

Herr Rehbaum informiert, dass die Verwaltung im vorigen Jahr eine Aktualisierung der Planung beauftragt hat und diese inzwischen vorliegt und intern abgestimmt wird.

Bezüglich der Frage 2 teilt er mit, dass bis zum Ende des Jahres die Planung dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben wird.

Eingehend auf die Frage 3 merkt er an, dass seitens der Anwohner*innen keine Vorschläge bei der Verwaltung eingegangen seien. Allerdings sei vorgesehen, die abgestimmte Konzeption in einer zusätzlichen Bürgerversammlung vorzustellen.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.14 Schriftliche Anfrage (F0121/22) des Stadtrates Papenbreer, Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aktuell ist die Julius-Bremer Straße, zwischen Weitlingstraße und Breiter Weg, aufgrund von Bauarbeiten nur in eine Richtung befahrbar.

Mir ergeben sich diesbezüglich folgende Fragen:

1. Wie lange ist diese einseitige Sperrung der Julius-Bremer Straße geplant?
2. Sind in naher Zukunft weitere Straßensperrung im Bereich der Julius-Bremer Straße geplant?
3. Wieso sind die Parkplätze auf der Julius-Bremer Straße, vor dem GALERIA (Karstadt) Gebäude, nicht nutzbar

4. Ist es möglich, die Straßensperrung an den Wochenenden, an denen keinen Bauarbeiten stattfinden, aufzuheben und für den Verkehr frei zu geben?

Antwort des Beigeordneten für Umwelt und Stadtentwicklung, Herrn Rehbaum:

Herr Rehbaum informiert, dass die Sperrung voraussichtlich bis zum 01.07.2022 geplant ist, Verlängerungen aber nicht ausgeschlossen werden können. Er führt weiter aus, dass bis zum heutigen Tag keine weiteren Maßnahmen bekannt seien.

Derzeit läuft parallel in Höhe des Karstadt-Parkplatzes bis zum 13. Mai jedoch eine dringend notwendige Straßenbausanierung aufgrund einer Havarie und auch hier ist eine Verlängerung nicht ausgeschlossen.

Herr Rehbaum führt weiter aus, dass sich im Bereich von Galeria/Karstadt die Zufahrt am Parkplatz/Zufahrt Breiter Weg befindet und in Fahrtrichtung Ost Absperrbalken verhindern sollen, dass die Verkehrsteilnehmer bis zum Bereich des Schienenkörpers verkehrt in die Einbahnstraße fahren. Aus diesem Grund ist die Sperrung der benannten Parktaschen durch Parkverbot unausweichlich.

Bezüglich der Frage 4 merkt er an, dass ein ständiger Rück- und Wiederaufbau der Sperrungen, sowie der Baugruben automatisch zu unnötigen Bauzeitverlängerungen führen würde.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Zu den noch vorliegenden Anfragen F0117/22, F0119/22, F0129/22, F0122/22, F0136/22, F0123/22, F0135/22, F0143/22, F0142/22, F0142/22, F0144/22, F0146/22 und F0148/22 erfolgt die Antwort schriftlich durch die Verwaltung.

9. Informationsvorlagen

Die unter TOP 9.1 – 9.6 vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper berichtet über seinen Besuch in Dublin bei der Firma Intel.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Prof.Dr. Alexander Pott
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Schriftführerin

Anlage 4 – Persönliche Erklärung des Stadtrates Stage, Fraktion GRÜNE/future! zum TOP 6.13
– A0093/22

Anwesend:

Vorsitzende/r

Prof.Dr. Alexander Pott

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas

Anke Jäger

Christoph Abel

Tobias Baum

Julia Bohlander

Matthias Borowiak

Matthias Boxhorn

Julia Brandt

Stephan Bublitz

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

René Hempel

Bernd Heynemann

Michael Hoffmann

Dennis Jannack

Kornelia Keune

Oliver Kirchner

Matthias Kleiser

Hagen Kohl

Mathilde Lemesle

Madeleine Linke

Nadja Lösch

Julia Mayer-Buch

Olaf Meister

Christian Mertens

Hans-Joachim Mewes

Steffi Meyer

Kathrin Meyer-Pinger

Stefanie Middendorf

Dr. Jan Moldenhauer

Burkhard Moll

Oliver Müller

Kathrin Natho

Stephan Papenbreer

Frank Pasemann

Tim Rohne

Jens Rösler

Manuel Rupsch

Chris Scheunchen

Robby Schmidt

Evelin Schulz

Andreas Schumann

Carola Schumann

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Mirko Stage

Reinhard Stern

Barbara Jutta Tietge

Dr. Lutz Trümper

Dr. Thomas Wiebe

Roland Zander
Dr. Niko Zenker
Geschäftsführung
Silke Luther

Abwesend - entschuldigt

Jürgen Canehl
Aila Fassl
Karsten Köpp
Ronny Kumpf